

Rede

Seite 1/11

Marija Kolak,
Präsidentin des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)

Deutschland entfesseln

81. Bankwirtschaftliche Tagung der Volksbanken und Raiffeisenbanken

11. Juni 2026

**Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR**

Melanie Schmergal
Abteilungsleiterin
Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit
Pressesprecherin

Cornelia Schulz
Pressesprecherin

Steffen Steudel
Pressesprecher

Schellingstraße 4
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

presse@bvr.de
www.bvr.de
twitter.com/BVRPresse
facebook.com/BVRBerlin
linkedin.com/company/bvrberlin/

1. Begrüßung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Namen meiner Vorstandskollegen Tanja Müller-Ziegler und Daniel Quinten und der gesamten genossenschaftlichen FinanzGruppe heiße ich Sie sehr herzlich willkommen!

Ich sehe – wie in jedem Jahr – ein volles Haus. Das freut uns sehr. Es ist uns eine große Freude und Ehre, dass Sie heute hier sind.

2. Die Lage unseres Landes

Ich möchte meine Rede zu Beginn dieses Tages mit einer Beobachtung beginnen – mit einer unbequemen: Wir leben in einem Land, das unglaublich viel kann, sich aber immer weniger zutraut. Ein Land voller kluger Köpfe, innovativer Unternehmer und engagierter Menschen. Und trotzdem wächst das Gefühl: Wir treten nicht nur auf der Stelle. Wir fallen zurück.

Wir als Volksbanken und Raiffeisenbanken spüren das jeden Tag:

- Mit 30 Millionen Privatkunden, für die wir da sind.
- Mit rund 2,5 Millionen Unternehmen, die wir begleiten.
- Wir fühlen den Puls unseres Landes.
- Und dieser Puls ist schwächer geworden.

Aber wir spüren ihn nicht nur. Wir *messen* ihn auch:

- In steigenden Kontoüberziehungen.
- In zunehmenden Kreditausfällen.
- In wachsenden Insolvenzzahlen.
- In sinkender Investitionsbereitschaft.

Das ist keine Stimmung, das sind Fakten!

- Betriebe kämpfen mit Liquidität.
- Unternehmer verschieben Investitionen.
- Familien greifen ihre Rücklagen an.
- Und das alles in einem Ausmaß, das uns Sorgen bereitet.

Und wir spüren noch etwas:

- Viele Menschen haben Angst: vor sozialem Abstieg, vor Kontrollverlust, vor der Zukunft.

Und wenn Menschen den Eindruck haben, dass ihre Sorgen politisch nicht gehört werden, dann entsteht Raum für Radikalisierung. Und das dürfen wir nicht zulassen!

3. Der ordnungspolitische Kompass

Meine Damen und Herren, was ist also zu tun? Wie können wir Deutschland „entfesseln“? Ich werde hier nicht in das Konzert der wirtschaftspolitischen Forderungen einsteigen, die Sie bereits kennen: Bürokratieabbau, Steuersenkungen, Reformen.

Ich möchte einen anderen Punkt setzen, einen grundsätzlichen: Wir brauchen wieder einen Staat, der Mut belohnt. Einen Staat, der Unternehmertum fördert, der Wirtschaftsführern nicht misstraut, sondern sie als Partner begreift.

Und: Ja! Wir brauchen auch ein politisches Verständnis dafür, dass heimische Banken und die gesamte Finanzindustrie nicht ein Problem sind, sondern Teil der Lösung: Als Investitionsberater, als Kredit- und Kapitalgeber, als Möglichmacher für Ideen von Bürgern und Unternehmern.

Dafür braucht es in erster Linie eines: Vertrauen. Der Staat setzt den Rahmen. Er sorgt für Wettbewerb. Er setzt auf Freiheit, Eigenverantwortung und Haftung. DAS ist die Idee der sozialen Marktwirtschaft. Heute erleben wir zu oft das Gegenteil: Einen Staat, der immer tiefer ins Detail geht, der absichern will – und dabei lähmt, der

misstraut – wo Vertrauen nötig wäre, der nicht den Rahmen setzt – sondern den Wirtschaftsprozess lenken will. Hier liegt der Kern unseres Problems.

4. Der Staat im Alltag

Dieses Misstrauen zeigt sich im Alltag,

- wenn Baugenehmigungen Monate dauern, weil Anträge immer komplexer werden,
- wenn ein Handwerksbetrieb, ein Hotel, ein Landwirt oder ein Einzelhändler mehr dokumentiert als Kunden bedient.

Das hat nichts mit fehlendem Mut der Menschen zu tun. Das hat mit einem Staat zu tun, der zu oft kontrolliert, statt zu vertrauen, der zu kleinteilig vorgibt, statt Verantwortung zu ermöglichen.

Und deshalb sage ich: Ein starker Staat ist der, der seine Bürger machen lässt.

5. Leistung, Verantwortung und Fairness

Meine Damen und Herren, neben Vertrauen braucht es noch etwas Zweites: Das Leistungsprinzip. Eine Gesellschaft ist nicht in erster Linie dann gerecht, wenn Einkommen und Vermögen möglichst gleich verteilt werden. Eine Gesellschaft ist vor allem dann gerecht, wenn sich Leistung lohnt. Wenn persönlicher Einsatz einen Unterschied macht.

Doch dieses Empfinden haben die Menschen in unserem Land immer weniger. Und dann passiert etwas Gefährliches: Denn dann wird aus einem Staat, der gerecht sein will, ein Staat, den immer mehr Menschen als unfair empfinden.

Und zwar ausgerechnet diejenigen, die unsere Gesellschaft wesentlich tragen:

- die besonders viel leisten,
- die Verantwortung übernehmen,

- am Arbeitsplatz,
- in Familien,
- in Vereinen.

Vergessen wir nicht: Das ist die übergroße Mehrheit der Menschen in diesem Land! Und wo sich eine Mehrheit unfair behandelt fühlt, wächst der Unmut. In einer Demokratie zeigt sich dieser Unmut am Ende an der Wahlurne.

Meine Damen und Herren, wenn die Menschen das Vertrauen verlieren – in den Staat, in die Politik und die Bürokratie –, dann verliert Deutschland seine Kraft.

Und deshalb gilt: Soziale Gerechtigkeit ist keine Einbahnstraße. Sie bedeutet Unterstützung, aber auch Beitrag. Sie bedeutet Chancen, aber auch Verantwortung.

Ein Staat, der Leistung nicht sichtbar belohnt, verliert die Akzeptanz derjenigen, die ihn tragen.

6. Der Auftrag an die Politik

Daraus ergibt sich ein klarer Auftrag an die Politik, ganz besonders an die Bundesregierung, an CDU/CSU und SPD:

Sie tragen gemeinsam Verantwortung für dieses Land. Jetzt ist nicht die Zeit für ideologische Debatten. Jetzt ist die Zeit für nüchterne Analyse und für klare Konsequenzen.

Unser Land braucht Reformen, deren Grundidee das Leistungsprinzip ist: Im Rentensystem, in der Krankenversicherung, im Sozialsystem, am Arbeitsmarkt.

Nicht irgendwann. Sondern jetzt!

Leistung heißt:

- Unsere Sozialsysteme sind für diejenigen da, die es wirklich nicht aus eigener Kraft schaffen.

Leistung heißt:

- Wer arbeitet, hat deutlich mehr im Portemonnaie als derjenige, der Sozialtransfers erhält.

Leistung heißt:

- Wenn wir älter werden, gehen wir später in Rente.

Ja, gegen solche Reformen wird es auch heftige Widerstände geben. Aber ich bin überzeugt: Die Mehrheit der Menschen in unserem Land ist weiter, als die politische Debatte vermuten lässt. Sie wissen, dass Veränderungen notwendig sind. Sie sind bereit, ihren Beitrag zu leisten.

Aber sie erwarten eines: Dass Politik Probleme klar benennt und dass sie handelt, über Parteigrenzen hinweg, für die Zukunft Deutschlands und Europas.

Meine Damen und Herren, wenn Vertrauen in Bürger und Unternehmen da ist, wenn das Leistungsprinzip gilt und wenn der Ordnungsrahmen richtig gesetzt ist, dann entstehen Bedingungen, unter denen der Einzelne erfolgreich sein kann.

7. Entscheidend: Ein Ordnungsrahmen für Banken

Dann entstehen Dynamik und Innovation, auch im Bankgeschäft. Ein Beispiel dafür ist Wero: Ein paneuropäisches Zahlungssystem, getragen von Banken aus verschiedenen Ländern, entwickelt in Europa, für Europa.

Meine Damen und Herren, im Zahlungsverkehr haben wir Europäer über viele Jahre zugelassen, dass andere die Kundenschnittstellen besetzen. Dadurch ist Wertschöpfung verloren gegangen. Aber es geht auch um etwas Größeres: um die digitale und wirtschaftliche Souveränität Europas. Und Wero ist unsere Antwort darauf. Wir als genossenschaftliche FinanzGruppe sind stolz darauf, zu den wichtigsten Treibern dieses Projekts zu gehören. Mehr als 50 Millionen angemeldete Nutzerinnen und Nutzer in Europa – und das nichtmal zwei Jahre nach dem Start. Das ist eine großartige Entwicklung. Wero ist mehr als ein Produkt. Es ist ein Signal:

- Europas Finanzindustrie kann handeln.
- Sie kann kooperieren.

- Sie kann eigene europäische Lösungen entwickeln.

Ja! Zu diesen Lösungen gehört auch der digitale Euro. Als genossenschaftliche FinanzGruppe sagen wir:

- Ein digitaler Euro kann ein wichtiger Baustein sein für europäische Unabhängigkeit, Souveränität und Stabilität, aber er muss richtig gemacht werden.
- Er darf kein Ersatz für bestehende privatwirtschaftliche Lösungen sein. Er muss mit ihnen funktionieren.

Daher muss die zukünftige Koexistenz von staatlichen und privatwirtschaftlichen Zahlverfahren gut kalibriert werden. Auch hier geht es um kluge Ordnungspolitik, um faire Regeln: Ein Staat, der den Rahmen setzt und die Wirtschaft, die ihn mit Leben füllt.

Deshalb sollte auch beim digitalen Euro gelten:

- Er muss den Wettbewerb stärken und darf nicht staatlich verzerren.

Und am Ende sollte die Kundenbeziehung da sein, wo sie hingehört: Bei den freien Akteuren am Markt. Im Fall des digitalen Euro sind das wir, die Banken. Nah, persönlich, vertrauensvoll. An solchen Punkten zeigt sich, worauf es ankommt:

- Auf die richtige Balance zwischen staatlicher Ordnung und Freiheit der Bürger und Unternehmen.
- Das gilt auch für regulatorische Eingriffe in die Beziehung zwischen Kunden und Banken.

Natürlich brauchen wir auch Schutz vor Missbrauch. Aber Verbraucherschutz darf nicht bedeuten, dass jeder Kunde behandelt wird, als könne man ihm keine eigene Entscheidung mehr zutrauen.

Gute Ordnungspolitik bestraft Missbrauch hart, aber sie setzt auf die Eigenverantwortung der Menschen. Und sie macht aus Banken keine Verdächtigen, sondern starke Partner für Wachstum und Wohlstand.

8. Wie es gehen kann: Bankenregulierung

Darum ist es wichtig, dass Regulierung wieder stärker Maß und Mitte findet. Und dafür gibt es auch positive Beispiele: Die Erleichterungen für kleine und mittlere Banken. Jahrelang haben wir gesagt: Gleiche Regeln für ungleiche Institute – das funktioniert nicht. Und dann ist etwas passiert, was mich sehr ermutigt hat:

- Die Aufsicht hat gehandelt.
- Sie hat differenziert.
- Sie hat nachgesteuert.

Das neue Kleinbankenregime ist ein großer Schritt in die richtige Richtung:

- Genau so muss Regulierung sein.
- Schützend – aber nicht erdrückend.
- Klar – aber nicht lähmend.

Chapeau an die Bankenaufsicht. Chapeau an diejenigen, die den Mut hatten, pragmatisch zu denken und zu handeln. Unser Appell als Volksbanken und Raiffeisenbanken an die Politik ist: Lassen Sie uns auf diesem Weg weitergehen!

9. Banken als Fundament

Meine Damen und Herren, Banken sind das Fundament der Realwirtschaft. Und wir Genossenschaftsbanken gehören zu diesem Fundament unserer Wirtschaft:

Unsere Zahlen beweisen das:

- Allein im Jahr 2025 haben die Genossenschaftsbanken 9,5 Milliarden Euro Gewinn erwirtschaftet.
- Einen Teil davon schütten wir an unsere rund 18 Millionen Mitglieder aus.
- Einen anderen Teil investieren wir in unsere Zukunft.

Gleichzeitig wissen wir auch: Vertrauen entsteht nicht von selbst. Es muss verdient, geschützt und immer wieder erneuert werden.

Deshalb handeln wir entschlossen, wenn in unserer Gruppe einzelne Banken in Schwierigkeiten geraten:

Wir lösen diese Probleme aus eigener Kraft: Ohne Staat, ohne Steuerzahler. Das war bisher so. Und das wird auch so bleiben.

Mit unserem Projekt „Geno Next Level“ stärken wir das, was uns ausmacht:

- eine starke Institutssicherung,
- klare Regeln
- und eine verlässliche Solidargemeinschaft.

Solidarität bedeutet: Wir stehen füreinander ein. Aber wir haben auch Erwartungen aneinander: Solides Wirtschaften, funktionierende Kontrollen und zeitgemäße Governance.

Ich freue mich deshalb sehr, dass unsere Mitgliederversammlung gestern mit großer Mehrheit die Reform der Institutssicherung verabschiedet hat. Damit stärken wir das Fundament, auf dem wir als genossenschaftliche FinanzGruppe für unsere Kunden und die Gesellschaft verlässlich da sind. Dafür auch an dieser Stelle nochmal meinen herzlichen Dank an unsere Mitglieder!

Meine Damen und Herren, Vertrauen zeigt sich dort, wo Menschen und Unternehmen Verantwortung übernehmen – Tag für Tag. Genau das leisten wir Genossenschaftsbanken:

- Wir finanzieren den Mittelstand.
- Wir ermöglichen Gründungen.
- Wir beraten Menschen.
- Wir sind Teil des täglichen Lebens der Menschen in diesem Land.

Und deshalb brauchen Banken auch wieder einen anderen Stellenwert in der politischen Debatte:

Denn wer Deutschland modernisieren will, der braucht starke Finanzdienstleister an seiner Seite.

- Genossenschaftsbanken.
- Sparkassen.
- Privatbanken.
- Versicherungen wie die R+V.
- Bausparkassen wie Schwäbisch Hall.
- Asset Manager wie die Union Investment.

Denn Transformation entsteht nicht durch abstrakte Pläne, sondern durch konkrete Finanzierung. Wer also über die Zukunft unserer Wirtschaft spricht, muss auch über Banken als „Partner dieser Transformation“ sprechen.

Und mit was mussten wir uns die letzten knapp 20 Jahre beschäftigen? Die letzten 20 Jahre sind von massiver Regulierung der Banken geprägt gewesen. Gerade in diesen Zeiten sollten wir nun aber die Wettbewerbsfähigkeit unseres europäischen Finanzmarktes in den Fokus rücken.

Wenn Brüssel etwa das Baseler Regelwerk zu Eigenkapitalanforderungen auch noch übererfüllen will, während die USA in genau die andere Richtung gehen, dann erweist die EU Europas Wirtschaft einen Bärendienst.

Unsere Forderung ist:

- Die EU sollte ihre Energie nicht in neue Vorgaben für Europas Banken stecken, sondern ganz im Gegenteil in eine grundlegende Vereinfachung der bestehenden Regulierung.
- Und das auf der Basis einer einfachen Frage: Welchen Ordnungsrahmen brauchen Banken, um Wachstum und Innovation zu finanzieren?

Es wäre wünschenswert, wenn Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin auch mit der Finanzwirtschaft einen strategischen Dialog einrichtet und damit der fundamentalen Bedeutung unserer Branche gerecht wird.

Das wäre ein starker Anfang! Und ein Signal an die Öffentlichkeit: Banken als das zu sehen, was sie sind: ein Möglichmacher von Wachstum und Wohlstand.

10. Schluss

Meine Damen und Herren, alles läuft auf drei Fragen hinaus: Trauen wir uns wieder mehr zu? Vertrauen wir wieder mehr? Fordern wir wieder mehr Leistung? Ich bin überzeugt: Unser Land gehört an die Weltspitze.

Wir müssen dafür unsere Kräfte freisetzen:

- Deutschland entfesseln!
- Mit einem Staat, der ermöglicht.

Dann wird dieses Land nicht nur mithalten, dann wird es ganz oben mitspielen.

Wir, die Genossenschaftsbanken in Deutschland, gemeinsam mit unseren starken Verbundunternehmen und unseren 175 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sind bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Ich wünsche Ihnen und uns allen eine spannende BWT. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!